

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 4. Tagung
24. September 2022

Antrag A 11

Antragssteller*in: Sandra Lust, LAG Umwelt, Ak Rote Beete West, Dennis Egginger-Gonzalez (S-Z), Denis Petri (BV Neukölln), IG Nahverkehr Johannes Kolleck (Delegierter ChaWi), Andreas Odebrecht (BV R'dorf), Katalin Gennburg (Mda Treptow), Anne Zetsche (Delegierte ChaWi), LAG Klimagerechtigkeit

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Klimaschutz jetzt: Berliner Erdgasausstieg einleiten!

2 DIE LINKE. Berlin setzt sich für die Bündelung der Wärmeversorgung Berlins in öffentlicher Hand ein:
3 Eine Übernahme der GASAG und der Fernwärmeversorgung von Vattenfall ermöglichen einen konzer-
4 tierten Rückbau des Gasnetzes bei gleichzeitigem Ausbau des Fernwärmenetzes. Dazu braucht es je-
5 doch eine Wärmeplanung. Um die selbstgesteckten Klimaziele zu erreichen, muss das Land Berlin un-
6 verzüglich die nötigen Schritte ergreifen.

7 Wir fordern die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus sowie die Senator*innen der LINKEN auf,

- 8 • sich für einen Direktumstieg von Gas- und Ölheizungen auf Fernwärme, bzw. Wärmepumpen
9 und eine sukzessive, teilweise Stilllegung des Gasnetzes bis 2040 einzusetzen;
- 10 • sich dafür einzusetzen, dass keine öffentlichen Fördergelder mehr für den Umstieg auf Gashei-
11 zungen zur Verfügung gestellt werden;
- 12 • noch in dieser Legislaturperiode eine verbindliche, langfristige und konkrete Planung für den
13 Berliner Erdgasausstieg festzulegen und dafür als ersten Schritt bis 2023 die im Koalitionsver-
14 trag enthaltene Machbarkeitsstudie für einen planbaren und sozialverträglichen Ersatz von Erd-
15 gas zu beauftragen.

16 Begründung:

17 Erdgas ist zu einem erheblichen Teil für die energiebedingten CO₂-Emissionen Berlins verantwortlich
18 und trägt durch den Ausstoß von Methan in besonderer Weise zur Erderhitzung bei. Erdgas wird in Berlin
19 vor allem zentral in der Strom- und Fernwärmeerzeugung sowie dezentral über Gasheizungen verwen-
20 det.

21 Orientieren kann sich Berlin beispielsweise an der Stadt Zürich, die einen Rückbau des Gasnetzes bis
22 2040 vorsieht oder an der Bremer Enquetekommission, die dies ab 2030 in Aussicht stellt. Basierend
23 auf den Vorgaben einer kommunalen Wärmeplanung werden dabei Gasrückzugsgebiete definiert. Stra-
24 ßenzug um Straßenzug wird so die Erschließung mittels Wärmenetz und die parallele Stilllegung des
25 Gasnetzes gemeinsam geplant. Mit Ankündigung zehn Jahre im Voraus ist ein Direktumstieg auch für
26 besonders betroffene Hauseigentümerschaften akzeptabel. Parallel kann ein Teil des Gasnetzes in ein
27 Wasserstoffnetz umgebaut werden, welches vor allem Industrie, Tankstellen für Schifffahrt und Spitzen-
28 lastkraftwerke versorgt.

29 Weder grüner Wasserstoff und synthetische Gase, noch Biomethan werden zukünftig in ausreichenden
30 Mengen und zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stehen, um einen klimaneutralen und preis-
31 werten Betrieb von Gasheizungen zu gewährleisten (siehe z.B. [https://www.agora-energie-
wende.de/blog/worueber-keiner-reden-will-der-bevorstehende-abschied-vom-gasnetz](https://www.agora-energie-
32 wende.de/blog/worueber-keiner-reden-will-der-bevorstehende-abschied-vom-gasnetz)).

33 Auch der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Patrick Graichen,
34 warnte im Mai dieses Jahres: „Während ein Teil der Gasnetze für das künftige Wasserstoffnetz weiterhin
35 gebraucht werden und deswegen zeitnah die Umrüstung geplant werden sollte, wird ein anderer Teil
36 der Gasnetze aufgrund steigender Kosten und einem sinkenden Abnahmevermögen nicht wirtschaftlich
37 als Wasserstoffnetz betreibbar sein.“